

**9
79**

Union in Deutschland

Bonn, den 1. März 1979

Wir werden stärkste Partei in Europa

Ein Europa der Freiheit und Solidarität, der Verantwortung, der Demokratie und der Offenheit nach außen, des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, der Sicherheit und des Friedens. Diese Forderungen erhebt die Europäische Volkspartei (EVP) in ihrer Wahlplattform, die als Auftakt für den europäischen Wahlkampf am 22./23. Februar in Brüssel verabschiedet worden ist.

Zu den Aussichten der EVP im bevorstehenden Wahlkampf erklärte Helmut Kohl im Deutschen Fernsehen: Ich sehe keine große Zukunft für den Sozialismus. Die Menschen wollen als freie Bürger in einem freien Europa leben. Sie wollen nicht mehr Bürokratie und nicht mehr staatliche Bevormundung. Sie wollen ihre soziale Gerechtigkeit erfahren, ihre Chance für ihr privates Glück sehen. Im übrigen bin ich dafür, daß wir ein offenes Europa haben, in dem die einzelnen Ideen miteinander ringen und der beste Weg dann von den Stimmbürgern entschieden wird. Da hat der Sozialismus seinen Platz; und da hat die Idee der christlichen Demokratie in der Europäischen Volkspartei ihren großartigen Platz.

Ich bin sicher, wir werden die stärkste Partei in Europa.

■ CDU

Mitgliederstand verjüngt sich
Seite 2

■ WOHNUNGSBAU

Überprüfung des Miethöhe-
rechts unbedingt notwendig
Seite 4

■ EVP

Einig, stark und kämpferisch
in den Europawahlkampf
Seite 5

■ FERNSEHEN

Das „Fernsehverhör“ des ZDF
in den Niederlanden
Seite 7

■ KOALITION

Das schlechte Betriebsklima
bei Schmidt
Seite 9

■ EIGENTUMS- POLITIK

Neuer Vorstoß der Union zur
Vermögensbildung
Seite 11

■ SPORT

Gezielte Steuererleichterungen
für Sportvereine
Seite 14

■ DOKUMENTATION

Lebenswerte Zukunft
grüner Teil

■ EUROPA

Städte und Gemeinden
brauchen das geeinte Europa
blauer Teil

■ INFORMATION

Mitgliederstand verjüngt sich

675 286 Mitglieder gehörten der CDU zum Jahresende 1978 an. Das sind über 11 000 Mitglieder mehr als ein Jahr zuvor. Den 41 249 Beitritten zur CDU standen im letzten Jahr 30 177 Abgänge gegenüber. Besonders positiv ist die Tatsache zu werten, daß sich viele Bürger schon in jüngeren Jahren zu einer CDU-Mitgliedschaft entschließen. Darauf verjüngt sich die Partei ständig.

49 Prozent aller Neumitglieder waren bei ihrem Eintritt in die CDU 37 Jahre und jünger. Der Anteil dieser Altersgruppe liegt innerhalb der Gesamtmitgliedschaft jetzt bei 28 Prozent. Besonders deutlich wird der Verjüngungsprozeß bei den Mitgliedern, die 27 Jahre und jünger sind: 21 Prozent der Neuzugänge und 9 Prozent der Gesamtmitgliedschaft gehören dieser Altersgruppe an. Erfreulich ist, daß 28 Prozent der Neumitglieder Frauen sind; bei der Gesamtzahl der Mitglieder sind es 20,5 Prozent.

Die Beschäftigungsverhältnisse der Neumitglieder zeigen, daß die CDU eine Volkspartei für alle sozialen Schichten ist. So sind:

- 28 Prozent Angestellte;
- 18 Prozent Hausfrauen;
- 11 Prozent Arbeiter;
- 10 Prozent Beamte;
- 9,5 Prozent Schüler, Studenten und Auszubildende;
- 6 Prozent Rentner.

Vergleiche zur Berufsgliederung der Gesamtmitgliederzahl sind nicht möglich, weil die Statistik deren Verände-

rung im Laufe der Mitgliedszeit nicht vollständig erfaßt hat.

Von den Mitgliederabgängen entfallen 23 Prozent auf Tod. Lediglich 3,7 Prozent der Austritte erfolgten aus politischen Gründen. Aus der CDU ausgeschlossen wurden im vergangenen Jahr 35 Mitglieder. Die weiteren Mitgliederabgänge beruhen auf sonstigem Ausscheiden aus der Partei, etwa Wohnungswechsel.

Abwanderung aus NRW

Die vom Statistischen Landesamt veröffentlichten Wanderungsverluste an Rhein und Ruhr hat Heinrich Köppler als eine „heimliche Abstimmung mit den Füßen über eine seit Jahren verfehlte Politik“ der SPD/FDP-Koalition in diesem Bundesland gewertet. Wenn die Abwanderer vornehmlich aus den Ruhrgebietsstädten meist in CDU/CSU-regierte Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg zogen, geschehe dies „mit Sicherheit nicht aus folkloristischen Motiven“.

Als ebenso gravierend bezeichnete Köppler die im Gegensatz zum Bundes-trend negativ verlaufene Arbeitsmarkt-entwicklung in Nordrhein-Westfalen, vor allem im Ruhrgebiet. Während sich im Bundesgebiet die Zahl der offenen Stellen erhöht und die der Arbeitslosen abgenommen habe, sei die Entwicklung an Rhein und Ruhr gegenüber 1977 im vergangenen Jahr gegenläufig gewesen.

Tariffähigkeit der Innungen gefährdet

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ist mit seiner alten Forderung aus dem Jahre 1972 wieder an die Öffentlichkeit getreten, die paritätische Mitbestimmung auch im Bereich des

Handwerks einzuführen. Nach Meinung des CDU-MdB Peter Milz kann eine Ausdehnung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Innungen und Innungsverbänden sachlich nicht vertreten werden. Die verstärkten Mitwirkungsrechte des Gesellenausschusses in allen Innungsversammlungen und Vorstandssitzungen würden ausschließen, daß in dieser Organisation die selbständigen Handwerker die Möglichkeit haben, sich über die nur sie berührenden fachlichen Fragen eine Meinung zu bilden. Eine derart weitgehende Mitwirkung der Arbeitnehmer kann dazu führen, daß die handwerklichen Unternehmer von den Mitgliedern des Gesellenausschusses im Vorstand oder sogar in der Innungsversammlung majorisiert werden.

Damit würde dem Handwerk die umfassende Basisorganisation genommen und die auf gesamtwirtschaftliche Verantwortung ausgerichtete Berufspolitik der handwerklichen Spitzenorganisation wesentlich erschwert. Außerdem würde diese paritätische Mitbestimmung dazu führen, daß die Innung die Tariffähigkeit verliert. Der Charakter einer Arbeitgebervereinigung ist nach den Kriterien, die hierfür die höchstrichterliche Rechtsprechung aufgestellt hat, nicht mehr gewahrt, wenn der Arbeitnehmerseite ein derart weitgehender Einfluß in allen Entscheidungsgremien eingeräumt wird.

Union warnt vor Umfang des Herrschafts-Wissens

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat erneut die Forderung erhoben, dem Parlament Zugang zu den Datenbanken der Bundesregierung zu verschaffen. Der forschungspolitische Sprecher der Fraktion, Christian Lenzer, wies in die-

sem Zusammenhang darauf hin, daß sich bei der Exekutive ein Informationsvorsprung entwickelt habe. Dieses sogenannte Herrschaftswissen habe einen Umfang angenommen, der den parlamentarischen Auftrag der Opposition in Frage stelle, die Regierung zu kontrollieren und ihre Arbeit kritisch zu begleiten.

In diesem Zusammenhang, so Lenzer, sei festzustellen, daß Anfragen der Opposition oft nichtssagend und ausweichend beantwortet würden. Die Regierung sei immer wieder in der Lage, dem Parlament nur das mitzuteilen, was sie wünsche. Bei Streitigkeiten könne sie sich im Zweifelsfall jederzeit auf die Geschäftsordnungsmehrheit der SPD/FDP-Fraktionen stützen, die zwar bei „einschlägigen Festreden gern das Wort von der Stärkung des Parlaments im Munde führen, in Wirklichkeit aber längst zu einer unkritischen Hilfstruppe ihrer Regierung denaturiert sind“.

Das Grundsatzprogramm der CDU

Unter diesem Titel veröffentlicht die Wochenzeitung „**Das Parlament**“ in seiner Ausgabe vom 17. Februar 1979 eine 54seitige Beilage, in der Meinhard Ade, Peter Andersen, Ulf Fink, Gerd Hammer, Emil Nutz, Dieter Putz und Henning Wegener das vom 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen beschlossene Grundsatzprogramm erläutern. Nachforderungen dieser Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ können gerichtet werden an:

Vertriebsabteilung der Wochenzeitung „**Das Parlament**“, Fleischstraße 61—65, 5500 Trier.

■ WOHNUNGSBAU

Überprüfung des Mietpreisgesetzes unbedingt notwendig

Zu dem am 21. Februar im Bundeskabinett behandelten Erfahrungsbericht zum Wohnraumkündigungsschutzgesetz erklärt der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Oscar Schneider, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau:

Die Bundesregierung hat den Erfahrungsbericht verspätet und entgegen ursprünglicher Zusagen ohne konkrete Vorschläge für die notwendige Anpassung des Miethöhegesetzes vorgelegt. Der Streit zwischen dem Bundesjustiz- und Wohnungsbauminister einerseits sowie dem Bundeswirtschaftsminister andererseits über die Bewertung der Berichtsergebnisse und die daraus zu ziehenden Folgerungen rechtfertigt Zweifel an der Objektivität und Glaubwürdigkeit des Berichts.

Die CDU/CSU hält eine Überprüfung und Anpassung des Miethöhegesetzes unter ausdrücklicher Aufrechterhaltung des sozialen Kündigungsschutzes noch in dieser Legislaturperiode für unabweisbar, um die Investitionsschwäche im freifinanzierten Mietwohnungsbau zu überwinden und die Wirtschaftlichkeit der Wohnung wiederherzustellen. Maßstab und Orientierung für die notwendige Anpassung des Miethöhegesetzes ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23. April 1974.

Danach sind die mietpreisrechtlichen Vorschriften nach Inhalt und Voraussetzung so zu gestalten, daß Vermieter und Mieter in der Lage sind, in zumutbarer Weise die gesetzliche Miete zu ermitteln. Außerdem ist dem Vermieter ein am örtlichen Markt orientierter Mietzins zu sichern, der die Wirtschaftlichkeit der Wohnung sicherstellt. Die Bundesregierung ist offensichtlich nicht bereit, aus diesem Urteil die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen.

Zur Gewährleistung der Wirtschaftlichkeit der Wohnung werden die folgenden Änderungen des Miethöhegesetzes für notwendig gehalten:

Es müssen wieder Mieterhöhungen aus Gründen der Wirtschaftlichkeit zulässig sein.

Der Nachweis der marktwirtschaftlichen Angemessenheit der Mieterhöhung ist durch eine praktikablere Gestaltung und Entformalisierung des Vergleichsmietverfahrens zu erleichtern.

Die Mietspiegel sind durch jährliche Fortschreibung der aktuellen Entwicklung anzupassen. Sie dürfen daher allenfalls die Angebots- und Nachfrageverhältnisse der letzten fünf Jahre berücksichtigen.

Zur Vermeidung gerichtlicher Auseinandersetzungen sind Mieteinigungsstellen nach dem bewährten Schweizer Muster zu schaffen.

Durch die Einführung eines höchstrichterlichen Rechtsentscheides bzw. die Zulassung der Revision in Mietangelegenheiten sind die Voraussetzungen für eine einheitliche Rechtsprechung zu schaffen.

§ 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes ist so zu ändern, daß eine Miete, die lediglich Kostendeckung gewährt, keinen strafbaren oder ordnungswidrigen Tatbestand darstellt.

■ EUROPÄISCHE VOLKSPARTEI

Einig, stark und kämpferisch in den Europawahlkampf

Am 22. und 23. Februar 1979 fand in Brüssel der zweite Kongreß der Europäischen Volkspartei (EVP) statt. Anwesend waren neben zahlreichen Pressevertretern rund 300 Delegierte aller elf christlich-demokratischen Mitgliederparteien der EVP, der von der EVP anerkannten Vereinigungen: Junge Europäische Christliche Demokraten, Europäische Kommunalpolitische Vereinigung, Frauen der EVP und der Christlich-demokratischen Fraktion/Fraktion der EVP im Europäischen Parlament.

Die Delegationen bestanden aus hochrangigen und prominenten Vertretern der nationalen Parteien. Anwesend waren ebenfalls zahlreiche Gäste christlich-demokratischer und nahestehender Parteien, die nicht der EVP angehören, z. B. der Generalsekretär der großen spanischen Regierungspartei UCD, Rafael Arias Salgado.

Ziel des Kongresses war die Verabschiedung der Wahlplattform der EVP für den Europawahlkampf. Während der erste Kongreß der EVP im März 1978 das Politische Programm beschlossen hatte, stimmten diesmal die Delegierten über jene Grundsätze und Kernaussagen ab, mit denen alle Christlichen Demokraten in der EG gemeinsam den Europawahlkampf bestreiten werden. Nach Verbesserungen am Inhalt des Wahlplattformentwurfs fand er in der

Endabstimmung eine klare einstimmige Annahme. Damit sind folgende Grundsätze in der EVP unumstritten und programmatisches Gemeingut aller Christlichen Demokraten:

- Die unantastbare Würde des Menschen, seine Freiheit und Verantwortlichkeit, sein Recht auf Selbstverwirklichung stehen über der Ideologie der Gleichmacherei.
- Menschenrechte und Grundfreiheiten sind die Grundlagen, ohne die es keine gerechte Gesellschaftsordnung gibt.
- Besondere Verantwortung gegenüber der Dritten Welt.
- Überwindung der Spaltung Europas, moralische und menschliche Verantwortung für die Länder in Mittel- und Osteuropa sowie die Herstellung des Rechts auf Selbstbestimmung in ganz Europa sind zentrale Aufgaben christlich-demokratischer Europapolitik.
- Als Staatsform kommt für die EVP nur die pluralistische Demokratie in Frage.
- Die Soziale Marktwirtschaft ist die beste Lösung für die Gestaltung einer freiheitlichen und sozial gerechten Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik.
- Familienpolitik, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Politik für die Frauen, Umweltschutz, Energie-, Jugend- und Bildungspolitik und insbesondere Wirtschafts- und Währungspolitik sind zen-

trale Bereiche christlich-demokratischer Arbeit.

■ Deutlich ist das Bekenntnis zur Verteidigung der Freiheit nach innen und außen sowie zu einer starken Nato.

■ Berlin bleibt Prüfstein für wirkliche Entspannung in Europa.

■ Die EVP tritt für eine deutliche Befugniserweiterung für das Europäische Parlament ein.

Mit ihrem Politischen Programm und der Wahlplattform haben die Christlichen Demokraten etwas zustande gebracht, woran die Eurosozialisten trotz dreier Anläufe gescheitert sind, nämlich Einigkeit und Gemeinsamkeit in den zentralen Fragen, Problemen und Zielen ihrer Europapolitik herzustellen.

Helmut Kohl hat in seinem vielbeachteten Beitrag gerade der grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Gefahr des sozialistischen Europas besondere Betonung gegeben. Er ging über die Kritik am Sozialismus hinaus und warnte davor, die Europapolitik überhaupt zu ideologisieren, Alleinvertretungsansprüche geltend machen zu wollen, weil dadurch die Möglichkeit einer bürgernahen Politik weitgehend verbaut und den Bürgern Europas die Chance zur Verwirklichung ihres persönlichen Glücks verstellt wird.

Helmut Kohl bezeichnete die EVP als den stärksten Garanten für ein freies und offenes, sozialgerechtes und unbürokratisches Europa. Sein letzter Satz: „Gemeinsam kämpfen um jede Stimme!“

Auch in anderen zahlreichen Beiträgen und Referaten der Kongreßdelegierten, z. B. denen von Kai Uwe von Hassel, Erik Blumenfeld, Dr. Egon Klepsch und Hans Katzer, kam immer wieder der kämpferische Wille zur aktiven Einigungspolitik zum Ausdruck. Die Rich-

tigkeit christlich-demokratischer Europapolitik erhielt besondere Bestätigung von außerhalb der Gemeinschaft, als der Generalsekretär des spanischen UCD in den Saal rief: „Das Europa, das Sie wollen, ist auch das Europa, das wir wollen.“

Besondere Beachtung fand gerade angesichts der verstärkten öffentlichen Diskussion über Abrüstung und östliche Bedrohung der Beitrag von Pierre Pflimlin, heute Bürgermeister von Straßburg, früher Ministerpräsident von Frankreich, außerdem Mitglied der Führungsgruppe des französischen CDS. Pflimlin sprach unumwunden von der sowjetischen Aufrüstung und militärischen Bedrohung und fuhr fort: „Die Amerikaner sind unsere Freunde und Alliierten. Die Atlantische Allianz, deren Mitglied Frankreich noch immer ist, ... ist die unersetzliche Garantie unserer Sicherheit... Man muß sich deshalb gegen die falsche Symmetrie wenden, die manche zwischen der tatsächlichen sowjetischen Gefahr und einer angeblichen amerikanischen Gefahr konstruieren wollen.“

Pflimlin zog den Schluß: „Ein politisches Europa ist nicht denkbar ohne eine europäische Verteidigungsorganisation, die uns im Rahmen der Atlantischen Allianz erlaubt, wirklicher und gleichwertiger Partner der USA zu sein.“

Das waren die überragenden Ergebnisse und Eindrücke dieses 2. EVP-Kongresses:

■ die Einigkeit im Programm,
■ das gemeinsame Bekenntnis zu einem starken, freien Europa.

Und Leo Tindemans, der Präsident der EVP, betonte in der Pressekonferenz am Kongreßende: „Die EVP geht einig, stark und kämpferisch in den Europawahlkampf.“

■ FERNSEHEN

Das „Fernsehverhör“ des ZDF in den Niederlanden

Das Konrad-Adenauer-Haus und das Büro des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben in diesen Tagen eine bisher nicht dagewesene Flut von Telefonanrufen, Briefen, Telegrammen und Fernschreiben zu verzeichnen, die zu der ZDF-Sendung „Bürger fragen — Politiker antworten“ am 22. Februar Stellung genommen haben.

In einer breiten Sympathiewelle bekundeten Tausende von Bürgern Helmut Kohl ihre Anerkennung für seine in der Sendung gezeigte Haltung und dankten ihm für seine Entschiedenheit, mit der er die zum Teil unfairen Angriffe der Fragergruppe beantwortet hatte.

Einhelliger Tenor — selbst von Anhängern der SPD und FDP: Helmut Kohl hat sich hervorragend geschlagen und die deutsche Sache glänzend vertreten. Einmütig wurde Kritik an der Auswahl der Fragegruppe sowie der mangelhaften Vorbereitung der Sendung durch die Verantwortlichen des ZDF geübt. Zu der Sendung erklärte MdB Hans Stercken (Aachen):

- ① Bravo für Helmut Kohl! Er hat nicht nur der Union, sondern allen Deutschen einen großen Dienst erwiesen.
- ② Ich kenne und schätze die Niederländer; meine Familie kommt aus diesem Land: Wer dieses Weiberfastnachts-

publikum für repräsentativ hält, tut den Niederländern bitter Unrecht.

③ Trotz der Versuche gelegentlicher Korrekturen von Herrn Appel muß die Vorbereitung durch das ZDF getadelt werden.

④ Natürlich mußte Helmut Kohl durchstehen; er kann sich nicht die Blöße geben, diesem Publikum nicht gewachsen zu sein. Er konnte daher nicht das tun, was vielen Zuschauern auf den Lippen brannte, einmal nach dem Demokratieverständnis dieser weithin linken Diskutanten zu fragen.

⑤ Politiker sind auf die breite Information durch die Medien angewiesen. Aber auch sie haben Recht und eine Würde. Das Fernsehgericht aus den Niederlanden war nicht mehr als Beleidigung eines Politikers.

⑥ Außer der guten Form von Helmut Kohl ist sicher noch ein weiterer Eindruck vermittelt worden: Einige Träumer werden verstanden haben, wieviel Toleranz und Verständnis sie bei einer solchen Art von Demokraten zu erwarten haben. Unterschwellig haben dies Millionen von Fernsehzuschauern empfunden.

⑦ Das Bild der Niederlande in der Bundesrepublik Deutschland hat schweren Schaden genommen. Die Niederländer wären gut beraten, vom ZDF zu verlangen, das verzerrte Bild ihres Landes in einer anderen Sendung korrigieren zu können.

Und das schreibt die Presse:

Der Bonner Oppositionsführer schlug sich blendend. Er war glänzend präpariert, hatte Argumente und Fakten zur Hand, ganz gleich, ob es um die Extremistenfrage, um die Verjährung in der Bundesrepublik und in den Niederlanden oder um die sowjetische Raketenrüstung ging. In dieser Situation zeigte sich wieder seine große, auch von seinen politischen Gegnern anerkannte Stärke: in einer engagierten, fairen Diskussion zu überzeugen und auch noch die unsinnigsten Einwürfe nicht schulmeisterisch abzutun, sondern ernst zu nehmen. Kohl war ein hervorragender Anwalt der deutschen Sache.

Westfälische Nachrichten, 24./25. 2. 1979

Das war wahrhaftig keine Glanzleistung Reinhart Appels, den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl mit einem so einseitigen Publikum in Holland zu konfrontieren! Wenn Bürger wirklich fragen und Politiker antworten sollen, dann muß auch eine repräsentative Auswahl von Bürgern im Studio sein.

Neue Ruhr-Zeitung, 24./25. 2. 1979

Die Niederländer erlebten einen kämpferischen CDU-Chef... Helmut Kohl hat die Bundesrepublik Deutschland würdig vertreten, ein Bild vom demokratischen Deutschland gezeichnet, das mehrfach ebenfalls anwesenden politisch Andersdenkenden Beifall abnötigte, den sich die Linken mit' ihren vorgefaßten Meinungen offensichtlich nicht abringen konnten.

Die Glocke, 24./25. 2. 1979

Es ist sehr wahrscheinlich, daß deutsche Genossen, von der linken SPD bis hin zu den K-Gruppen, bei der „Vorbereitung“ der Sendung selbstlos ihre Dienste zur Verfügung gestellt haben. Vieles klang ja recht vertraut. Und bevor wir uns über die niederländischen

„Diskussionspartner“ Kohls ereifern, müssen wir daran erinnern, daß deutsche Politiker und deutsche Journalisten seit Jahren ihr Bestes tun — allen voran unsere famosen Magazine —, um den europäischen Nachbarn ein Zerrbild unserer Republik zu vermitteln.

Münchener Merkur, 24./25. 2. 1979

Es fehlten nur noch die roten Fahnen im Sendesaal. Dann wäre von Anfang an klar gewesen, wie zielstrebig eine gut eingespielte Clique und Claque die vom ZDF diesmal in die Niederlande verlegte Sendung „Bürger fragen — Politiker antworten“ in ein linksradikales Schlachtfest umzufunktionieren gedachte. Der Moderator einer solchen Sendung mag es für ein Zeichen von Liberalität halten, wenn er sich für die Zusammensetzung des für Fragen aufgebotenen Publikums im einzelnen nicht interessiert. Die Fragesteller honorierten eine solche Großzügigkeit nicht und hielten sie offenbar für ein Zeichen von Naivität, was sie in der Form auch gewesen ist.

General-Anzeiger, Bonn, 24./25. 2. 1979

Die offenbar sehr antideutschen Fragesteller unterzogen Kohl einem Kreuzverhör und zeigten dabei großen Mangel an Achtung gegenüber einem prominenten westdeutschen Politiker. In dieser Sendung wurde deutlich, wie sehr die niederländische Öffentlichkeit von Vorurteilen behaftet und über die Ereignisse in der Bundesrepublik einseitig informiert ist. Der Ton, in dem die niederländischen Gesprächspartner das Gespräch geführt haben, hat über weite Strecken hinweg kaum mehr dem entsprochen, was unter allgemein anständigem Verhalten verstanden werden muß. Es war ein ausgesprochener Skandal.

De Telegraaf, Amsterdam, 23. 2. 1979

■ KOALITION

Das schlechte Betriebsklima bei Schmidt

Die Personalratsvorsitzende im Kanzleramt, Chris Steigler-Roeder, ließ der „Welt“ zufolge, alle Angehörigen des Hauses brieflich wissen, welche Ergebnisse eine am 6. November durchgeführte Fragebogenaktion zum Thema Betriebsklima erbracht hat. Dickster Brocken in ihrer kritischen Zusammenfassung: „Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die Amtsleitung sich zu wenig um die Bediensteten kümmert und dabei ihre Fürsorgepflicht vernachlässigt!“ Mit der „Amtsleitung“ sind der Kanzler, Staatssekretär Manfred Schüler und Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski gemeint.

Den Umgangston der Leitung des Hauses empfinden 42 der Befragten nur „mittelmäßig“, 24 sogar „unerfreulich“. 56 zogen es vor, sich in diesem Punkt lieber auszuschweigen, nur 32 fanden den Ton „erfreulich“. Bei der Frage nach der „menschlichen Anteilnahme“ sind die Antworten für die Amtsspitze vernichtend. Fast die Hälfte war der Meinung, daß sie „ungenügend“ sei, die übrigen nannten sie „mittelmäßig“ und nur 13 fanden die Anteilnahme „erfreulich“.

Auch das Vertrauensverhältnis, das Schmidt, Schüler und Wischnewski ihren Untergebenen entgegenbringen, wird negativ benotet. 37 der Befragten fanden es „weniger gut“, 27 sogar „schlecht“, nur 21 „gut“. Daß hier kein typischer Fall von üblicher Büromecke-rei vorliegt, geht aus der Tatsache her-vor, daß bei derselben Frage die un-

mittelbaren Vorgesetzten besser wegkommen: 86 der Untergebenen fanden den Kontakt „gut“. Das Vertrauensverhältnis unter den Kollegen befanden sogar 117 als „gut“, nur sieben als „schlecht“.

Auf die Frage, „Haben sie den Eindruck, daß bei personellen Maßnahmen sachfremde Erwägungen eine Rolle spielen?“ antworteten 74 mit Ja, 47 mit Nein. „Wiederholt wird die Auffassung vertreten“, schreibt da der Personalrat, „persönliche Beziehungen zu Vorgesetzten oder dem Personalrat (14 Antworten), vor allem Parteizugehörigkeit — SPD-Patronage — (26 Antworten) erleichterten das Weiterkommen...“ 81 der Befragten waren der Meinung, daß im Kanzleramt „Leistung und Eignung“ bei Beförderungen und Höhergruppierungen „zu wenig“ berücksichtigt werden, 50 meinten, das geschehe „ange-messen“.

Aber das ist noch nicht alles. Die Bediensteten des Kanzleramtes kritisieren die Führungsqualität ihrer Vorgesetzten, die zu hohen Preise in Schmidts Kantine, und die ständige Gefahr des Abgehörtwerdens.

Tatsache ist, daß in jedem Zimmer ein graues Kästchen mit sechs Knöpfen steht. Es handelt sich um eine sogenannte elektroakustische Anlage. Damit kann man per Knopfdruck sechs verschiedene Übertragungen empfangen: die Plenarsitzungen des Bundestages, des Bundesrates, die Bundes-Pressekonferenz sowie die Sendungen des Deutschlandfunks, des WDR und des SWF 3. Gleichzeitig können aber auch Durchsagen gemacht werden. Hier setzt der Verdacht ein, daß von der zentralen Stelle im Hause aus auch abgehört werden kann.

Man muß sich überhaupt wundern, was die Fragebogenaktion unter der Beleg-

schaft zutage gefördert hat. Nicht nur den Vorwurf, „daß die Amtsleitung sich zu wenig um die Bediensteten kümmert und dabei ihre Fürsorgepflicht vernachlässigt“, sondern der Personalrat erhebt nach Auswertung der Fragebögen eine ganze Palette von Forderungen. Zum Beispiel: „Gefordert wird die Aufhebung der Trennung von Kanzler- und Abteilungsbau.“ Schmidt, Schüler und Wischnewski residieren nämlich mit ihren Stäben in einem Extrahaus, das die anderen Amtsangehörigen nur mit Sonderausweis betreten dürfen.

Weitere Forderungen: „Eine menschliche Behandlung durch Vorgesetzte unter Beachtung des Gleichheitsprinzips; Abbau der Distanz zwischen Akademikern und Nichtakademikern, Parteimitgliedern und Nichtparteimitgliedern ... Vermehrte Delegation, Aufwertung und gleichmäßige Belastung der Schreiberkräfte ... Bessere Aufstiegsmöglichkeiten, Verringerung des internen Schriftverkehrs sowie eine bessere Vergütung der mittleren Gehaltsstufen. Beanstaltet wird, daß der politische Wille der Leitung den Basiseinheiten nur ungenügend übermittelt wird; die zu starke Überwachung beim Betreten des Kanzleramtes ... und die Schließung des Schwimmbades während der Arbeitszeiten.“

„Der große Macher ist offenbar ein recht mittelmäßiger Boß“, meint der „Welt“-Berichterstatter Mainhardt Graf v. Nayhauss.

In Bonn ist das Regieren so teuer wie noch nie

Um mehr als 200 Prozent sind in den letzten zwölf Jahren in Bonn die Personalausgaben der Ministerien gestiegen. Damit wurde das Regieren so teuer wie

noch nie. Um rund 50 Prozent wurde seit 1966 die Zahl der Regierungsbeamten aufgestockt. Immer mehr hochkarätige Spitzenbeamte werden auf Kosten des Steuerzahlers in den „einstweiligen Ruhestand“ versetzt, weil sie der politischen Führung nicht mehr genehm sind. Außerdem verteilt man in Bonn die Arbeit auf immer mehr Schultern. Vor allem die Zahl der Beamten im gehobenen und höheren Dienst nimmt zu, wie sich aus den Stellenplänen im neuen Bundeshaushalt ersehen läßt.

Scharfe Kritik an der Personalpolitik der Bundesregierung übte jetzt der Bund der Steuerzahler: „Fast könnte man meinen, die Schaffung neuer Beamtenstellen habe mit zu den Reformaufgaben der vergangenen Jahre gehört.“

1966 beschäftigte die Bundesregierung noch 7 246 Beamte. In diesem Jahr sind es 10 053. Und das trotz elektronischer Datenverarbeitung. Mehr als eine halbe Milliarde Mark gibt die Bundesregierung in diesem Jahr für ihre Ministerialbeamten aus. Vor zwölf Jahren waren es nur 163,3 Millionen Mark gewesen. Aber auch fürs „Spazierengehen“ gibt es in Bonn Geld. Seit 1969 haben die von SPD und FDP gebildeten Bundesregierungen 145 Top-Beamte in den einstweiligen Ruhestand versetzt — aus politischen Gründen. Sie kassieren monatlich zwischen 4 500 und 6 000 Mark.

SPD-Bürgermeister trat über

Durch den Übertritt des Bürgermeisters der ostwestfälischen Stadt Lübbecke, Friedrich Warmann, von der SPD zur CDU sowie durch den Anschluß von zwei Angehörigen einer freien Wählergemeinschaft an die CDU ist die Union in dieser Gemeinde stärkste Ratsfraktion geworden.

■ EIGENTUMSPOLITIK

Neuer Vorstoß der Union zur Vermögensbildung

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, eine gesetzliche Regelung für die Erweiterung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer nicht weiter zu verschleppen. Zugleich bot sie ihre Bereitschaft zu einem „offenen und intensiven Gedankenaustausch“ über die noch offenen Fragen an.

In entsprechenden Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP) und Finanzminister Matthöfer (SPD) hat der eigentumspolitische Sprecher der Union, Elmar Pieroth, die Bereitschaft seiner Fraktion zu einem klärenden Gespräch angeboten. Der jüngste Vorstoß von Finanzstaatssekretär Rolf Böhme (SPD) im Zusammenhang mit der Vermögensbildung dürfe nicht nur ein „Versuchsballon“ aus dem Finanzministerium bleiben. Offensichtlich finde aber Böhmes Plan, der unter anderem auch den Einstieg in die freiwillige überbetriebliche Vermögensbildung durch entsprechende steuerliche Änderungen vorsieht, im Regierungslager keine Mehrheit.

Nach Darstellung von Pieroth ist die Union bereit, der Anlage der Mitarbeiterbeteiligungen außerhalb der Betriebe etwa in Investmentfonds zuzustimmen. Allerdings lehne sie Tariffonds ab, weil sie den einzelnen Arbeitnehmern kein persönliches Eigentum an den Unternehmen bringen.

Die Union hat folgende Schwerpunkte gesetzt:

1. In ihrem Gesetzentwurf vom Februar 1978 zur Förderung betrieblicher Gewinn- und Kapitalbeteiligung beseitigt die CDU/CSU die steuer- und arbeitsrechtlichen Hemmnisse für die Beteiligung der Arbeitnehmer an ihrem Unternehmen.

Die Tarifvertragsparteien können über den Barlohn hinausgehende Beträge oder Lohnprozente vereinbaren, die intensiv angelegt werden müssen, d. h. in Produktivkapital, wobei zur Erfüllung dieser Verpflichtung betriebliche Beteiligungen angerechnet werden. Diese Ausgabe solcher betrieblicher Beteiligungen wird durch diesen Gesetzentwurf zum Teil erst ermöglicht, im übrigen erleichtert und gefördert.

Damit kann auch der Forderung des Sachverständigenrates in seinem jüngsten Jahresgutachten Rechnung getragen werden, von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängige tarifvertragliche Vereinbarung zu treffen.

2. Darüber hinaus treten wir im Rahmen einer Umstrukturierung der Sparförderung für eine Erhöhung des 624-DM-Gesetzes auf 936 DM zum Zwecke einer gezielten Förderung aller Formen des Produktivkapitals ein und fordern in diesem Zusammenhang die Bundesregierung auf, das vielfach angekündigte Konzept zur Umstrukturierung der Sparförderung vorzulegen.

Den Tarifvertragsparteien eröffnen sich dadurch folgende Vorteile:

■ Der Spielraum der Tarifvertragsparteien wird ausgedehnt, nachdem ein erheblicher Teil der Tarifverträge den Rahmen des 624-DM-Gesetzes bereits voll ausgeschöpft hat.

■ Dadurch werden Anreize für die Tarifvertragsparteien gegeben, Investivlohnbeteiligungen abzuschließen — was einer alten Forderung des DGB aus dem Jahre 1970 entspricht.

■ Durch die Einbeziehung aller Formen des Produktivkapitals in die Förderung werden die Benachteiligungen für die Beteiligung in Familien-, Klein- und Mittelbetrieben gegenüber den börsennotierten Gesellschaften beseitigt.

Gegenüber diesem Konzept hat die Bundesregierung bisher keine Alternativen vorzuweisen. Der jüngste Versuchsballon aus dem Finanzministerium findet offensichtlich innerhalb des Regierungslagers keine Mehrheit. Die Bundesregierung hat bisher nur vage und völlig unzureichende Andeutungen gemacht und es versäumt klarzustellen:

- wie die Begünstigung von Beteiligungen an Tariffonds nach § 8 des Kapitalerhöhungsgesetzes rechtlich sauber konstruiert werden soll und § 8 seinen Deputatcharakter behält,

- wie die Bewertungsprobleme zu lösen sind, die sich hier im Gegensatz zu unserem Gesetzentwurf in der Tat stellen,

- wie die Einbeziehung oder Anrechnung betrieblicher Beteiligungen geregelt werden soll,

- und inwieweit traditionelle Anlageformen bei Sparkassen, Banken und Versicherungen berücksichtigt werden sollen.

Die CDU/CSU hat den Verdacht, daß die Bundesregierung erneut einen Ver-

suchsballon gestartet hat, um ihre eigene Untätigkeit und vermögenspolitische Zerrissenheit zu kaschieren und wie in der letzten Legislaturperiode näher an den Wahltag heranzukommen.

Da die Tarifparteien auf ein konkretes vermögenspolitisches Angebot warten, gilt es nun, die fortwährende Verschleppung unseres Gesetzentwurfes durch die Bundesregierung zu beenden.

Deshalb ist die CDU/CSU bereit, mit der Bundesregierung in einem offenen Gedankenaustausch und intensiven Dialog über alle in der Vermögenspolitik anstehenden Fragen zu treten, um das Terrain für von den Tarifpartnern gewünschte und realisierbare Lösungen abzustecken. Sie unterstreicht aber erneut, daß sie nicht gewillt ist, Fondslösungen mitzutragen, die den einzelnen Arbeitnehmern kein persönliches Eigentum an den Unternehmen bringen.

Mißbrauchsaufsicht verschärfen

Eine Verbesserung der Möglichkeiten des Kartellamtes, mißbräuchliche Preisfestsetzungen kurzfristig zu unterbinden und Zu widerhandlungen zu sanktionieren, fordert der Bundesvorstand der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) unter anderem in einer Erklärung zum Wettbewerbsrecht. Es gehe nicht an, daß mißbräuchliches Verhalten durch Verfahrensverschleppung jahrelang beibehalten werden könne, ohne daß nach Entscheidung der letzten Instanz ein Schadenersatzanspruch für diese Zeit geltend gemacht werden könne. Der CDA-Vorstand spricht sich weiter dafür aus, auch den Verbraucherverbänden die Befugnis zur Unterlassungsklage bei Kartellrechtsverstößen einzuräumen.

■ SONDERSTEUERN

Die Pfennige wuchern weiter

Wie schwer es ist, eine einmal eingerissene Unsitte auf dem Felde der Finanzpolitik wieder zu beseitigen oder doch einzudämmen, zeigt sich am Beispiel der sogenannten „Pfennige“. Es handelt sich dabei um Sonderabgaben, die neben den normalen Steuern erhoben werden, allerdings nur von jeweils einem Teil der Steuerpflichtigen, stellte der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Michael Glos fest.

Die verharmlosende Bezeichnung „Pfennige“, die geschickte Streuung und die meist nur versteckte Überwälzung im Preis machen diese Sonderabgaben — so meinen die Regierenden und die vom Pfennig-Aufkommen Begünstigten — zu einem idealen Mittel, um allerlei Sonderwünsche zu erfüllen, für die das eigene Vermögen oder die staatlichen Zuwendungen nicht ausreichen. Dementsprechend rasch ist auch das Wachstum der „Pfennige“, sowohl nach Zahl als auch nach Aufkommen.

Es gibt inzwischen den Kohlepennig, die Schwerbeschädigtenabgabe, die Altölabgabe, die Ausgleichsabgabe nach dem Benzinbleigesetz, die Abgabe zur Finanzierung des Konkursausfallgeldes, die Beiträge nach dem Absatzfondsgesetz, die Filmabgabe, die Abgabe für den Stabilitätsfonds Wein, die Umlage nach dem Milch- und Fettgesetz, die Abgabe zur Förderung des Fischabsatzes, die Umlage für die pro-

duktive Winterbauförderung, die Beiträge für die Insolvenzsicherung der betrieblichen Altersversorgung, der Bevorratungszuschlag für die Mineralölbevorratung, die Erzeugermitverantwortungsabgabe, wobei diese Aufzählung noch nicht einmal vollständig ist.

Das Aufkommen der „Pfennige“ betrug 1976 2,8 Milliarden DM. Es wird — insbesondere wegen der zwischenzeitlichen Erhöhung des Kohle-„Pfennigs“ — 1979 auf rund 5 Milliarden DM anschwellen, also mehr als alle Zölle, mehr als Vermögensteuer und Erbschaftsteuer zusammen und fast soviel wie die Grundsteuer B (Grundvermögen ohne Landwirtschaft) erbringen.

Eine ganze Reihe weiterer „Pfennige“ werden von einzelnen Interessengruppen gefordert, sind uns aber bisher erspart geblieben, z. B. die Pferdesteuер, die Abgabe für die Opfer der Dauerarbeitslosigkeit, die Sondersteuer für das Billigwohnen, die Bunkersteuer, die Bonbons- bzw. Kariessteuer, die Sonderabgabe für die Dritte Welt, der Kunstpennig, die Wehrsteuer, die Werbesteuer, die Gastarbeitersteuer, der Rettungspennig, der Umweltpennig, die Autobahnsteuer, der Energiesicherungspennig, Kakaopennig, die Spielfilmabgabe, der Lärmschutzpennig.

Diese Blütenlese ist nicht erheiternd, sie ist bitter ernst. Denn sie zeigt, daß sich das Pfennigunwesen krebsartig ausbreitet. Noch ist es für eine Heilung nicht zu spät. Ohne operative Eingriffe ist jedoch bereits nicht mehr auszukommen.

■ SPORT

Gezielte Steuererleichterungen für Sportvereine gefordert

In der Bundesrepublik Deutschland tragen die Länder und Gemeinden die Hauptlast der Sportförderung, und sie haben in den letzten Jahren große Leistungen für die Vereine erbracht. Auch der Bund hat in der Förderung des Spitzensports Beachtliches für die Verbände geleistet, stellte MdB Wolfgang Schäuble, Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Sport“, in Bonn fest.

Zugleich aber belastet der Bund die Vereine durch seine Steuergesetze. Ehrenamtliche Übungs-, Organisations- und Jugendleiter müssen Lohnsteuer bezahlen, obwohl ihre Aufwendungen oft höher sind als ihre Einnahmen, und die Sportvereine werden dafür in Haftung genommen.

Wenn sich Sportvereine durch Eigeninitiativen Mittel für ihre gemeinnützige Arbeit beschaffen, müssen sie bis zu 70 Prozent Gewerbe-, Körperschafts- und Umsatzsteuer bezahlen. Die Abgabenordnung 1977 hat die in sie gesetzten Erwartungen hinsichtlich der Behandlung gemeinnütziger Organisationen nicht erfüllt; das ehrenamtliche Engagement in diesen Bereichen ist durch die geltende Steuergesetzgebung ernsthaft gefährdet.

Es entspricht unserem Verständnis von Sportförderung, die sich nach dem Sub-

sidiaritätsprinzip auf die Förderung, nicht auf die Bevormundung der Vereine und Verbände konzentrieren soll, mehr Freiräume für die Sportvereine und Verbände durch weniger Steuerbelastung zu schaffen.

Wer am Sport verdienen will, muß sich den geltenden Steuergesetzen unterwerfen. Wer aber mit dazu beiträgt, die öffentlichen Aufgaben des Sports zu erfüllen, dem sollte dies erleichtert werden.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß

■ gemeinnützige Sportvereine dann von der Körperschafts- und Gewerbesteuer für Überschüsse aus den dem Sport inhaltlich oder traditionell gemäßigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben befreit werden, wenn diese uneingeschränkt den gemeinnützigen Vereinszwecken zugeführt werden;

■ Schach- und Modellflugsport als Mitgliedsverbände des Deutschen Sportbundes als gemeinnützig anerkannt werden;

■ der Ersatz von Ausbildungskosten — bis zu einer Obergrenze von 20 000 Mark, die einem anderen gemeinnützigen Verein für einen Sportler erstattet werden, nicht zum Verlust der Gemeinnützigkeit für den erstattenden Verein führen;

■ den gemeinnützigen Sportvereinen die Spendenbescheinigungskompetenz bis zu einer Obergrenze von 600 Mark je Spender jährlich gewährt wird;

■ für die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Übungs-, Organisations- und Jugendleiter ein Steuerfreibetrag von 3 600 Mark jährlich eingeführt wird.

Zur Sache:

Rentner blechen für den Wahlbetrug

Wie SPD und FDP die soziale Gerechtigkeit für die älteren Mitbürger abbauen

Jetzt geht der Wahlbetrug von 1976 an den Geldbeutel. Elf Millionen ältere Mitbürger spüren an der eigenen Kasse, wie das von SPD und FDP am 8. Juni 1978 gegen die Stimmen von CDU und CSU beschlossene Renten-Anpassungsgesetz ihre Altersversorgung manipuliert. Die Abkehr von der bewährten Rentenformel bedeutet nämlich:

- Die Renten steigen in diesem Jahr nur 4,5 Prozent. Dabei hätten es 7,2 Prozent sein müssen.
- Der Wahlbetrag trifft besonders die Kleinrentner: Wer monatlich 600,- DM bezieht, bekommt bis 1981 insgesamt 1128,- DM weniger als ihm nach der Rentenformel zusteht.

Die CDU wollte den Senioren diese Enttäuschung ersparen. Sie hat gegen die Zerstörung des Prinzips der dynamischen Rente protestiert. In gemeinsamen Aktionen mit Gewerkschaften und Sozialverbänden hat sie für die Erhaltung einer gerechten Rentenanpassung gekämpft und den Betrug an den Rentnern zu hindern versucht.

Die CDU schuf einen klaren und gerechten Maßstab.

Die SPD machte ihn kaputt.

Die Union hat 1957 die bruttolohnbezogene, dynamische Rente geschaffen. Das heißt: Die Renten wurden nach der Entwicklung der Arbeitnehmer-Einkommen berechnet. Dieser Maßstab war klar, in Mark und Pfennig berechenbar, und er war gerecht. Mehr als zwanzig Jahre galt diese Formel international als Vorbild für fortschrittliche Sozialpolitik.

SPD und FDP haben diesen Maßstab aufgegeben und damit der staatlichen Willkür Tür und Tor geöffnet. Sie haben die soziale Gerechtigkeit abgebaut. Und das gerade gegenüber den Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet und unser Staat wieder mit aufgebaut haben.

Der Bundeskanzler und die SPD/FDP-Koalition haben das Versprechen gebrochen, das sie den Bürgern vor der Bundestagswahl gegeben hatten. Jetzt müssen die Rentner für diesen Wahlbetrug blechen.



UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELEANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Unruhe in der SPD

Nach Günter Verheugen (FDP), der beim letzten FDP-Parteitag in Mainz fast vor dem Fall stand, dann aber doch noch unter Druck Genschers mit der Mehrheit von nur einer Delegiertenstimme zum Generalsekretär avancierte und praktisch die Treppe „rauffiel“, ist nun Egon Bahr (SPD) an der Reihe.

Herbert Wehner gilt zwar in der Deutschland-, Ost- und Entspannungspolitik als Freund Bahrs, nicht aber, wenn es um die Parteiorganisation geht, in deren Angelegenheiten der „schnelle Egon“ schludert, weil er lieber eigenen Plänen nachhängt, statt andere Pläne aufzugreifen und realisieren zu helfen.

Bahr wird praktisch nur noch durch den Genesungsurlaub des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt vor der Rücktrittsforderung Wehnens und anderer Vorsitzende bewahrt. Die Resignation des Partei-Vizes Koschnick beruhte

nicht zuletzt auf sich ständig wiederholenden Differenzen mit Bahr. Deshalb meint man auch in der „Baracke“, daß damit schon Unruhe genug in die SPD hineingetragen worden sei und es überdies schwerfalle, einen Nachfolger für Bahr zu finden.

Die Unruhe in der SPD wird übrigens noch weiter zunehmen, wenn die Einzelheiten des Papiers der Parteilinken Henning Scherf (Bremen) und Heinrich Junker (Ostwestfalen) über die „Innerparteiliche Situation der SPD“ an die Parteibasis durchdringen. Jetzt hat man erst einmal eine „Überarbeitung“ des Papiers durchgesetzt, um Zeit zu gewinnen. Grundlage des Junker-Papiers scheint u. a. ein Antrag des SPD-Bezirks Niederrhein zu sein, in welchem schon 1977 zu lesen war:

— „Die Wandlung der sozialdemokratischen Regierungspolitik von einer engagierten Reformpolitik zu einer auf Krisenbewältigung ausgerichteten Realpolitik“ zog eine schwere Identitätskrise der Partei nach sich.“

— „Der Stil dieser Regierung verbreitet Kühle, Partei und Öffentlichkeit werden in die Rolle von Zuschauern gedrängt.“ (Exklusiv-Dienst, Bonn, 14. 2. 1979)

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argeleanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD